



Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Armut in Deutschland – nachgezählt, problematisiert und für gut befunden ..... 2

GEGENSTANDPUNKT 1-13 u.a.:

- Die französische Militärintervention in Mali
- Maischberger & Co. kümmern sich um die Armut im Kapitalismus
- Drei Fälle von Krisenkonkurrenz: Deutschland, Spanien, Österreich
- Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses..... 3

Deutsche Professoren, setzen, sechs! Hochschulen vergeben zu viele gute Noten ..... 3

Schon wieder ein Frauenrecht erkämpft: Soldatinnen sind jetzt auch Killerinnen..... 4

„GENUG ZU ESSEN FÜR ALLE. ES IST MÖGLICH.“ – Mit Ihrer Spende“,..... 4

## Zur studentischen Wohnungsfrage

Bezahlbare Wohnungen für Studenten sind Mangelware. 70.000 sollen bundesweit davon fehlen. Wie kommt's? Beispielhaft für die gesamte öffentliche Besprechung klärt die FAZ auf. Mittels eines an der richtigen Stelle platzierten Doppelpunkts: „Doppelte Abiturjahrgänge, Wegfall der Wehrpflicht und steigende Mieten in den Großstädten: Selten war die Wohnungsnot unter Studenten so groß wie im Moment.“ (FAZ, 27./28.10.2012)

Studenten, die bezahlbare Wohnungen suchen, Immobilienbesitzer, die möglichst viel Miete aus ihrem Besitz herausholen wollen: Diesen Gegensatz verwandelt das „Blatt der klugen Köpfe“ in eine aus gleichberechtigten Faktoren zusammengesetzte Lage, die keinen Grund für die Wohnungsnot kennt, aber Betroffene schafft, die damit zurecht kommen müssen.

Und, was machen die betroffenen Studierenden? Sie stellen sich dieser „Lage“, versuchen eine Wohnung zu bekommen – und verschärfen erst einmal das Problem: „Studenten sind zum Teil unfreiwillig Mitverursacher dieser Preissteigerungen, durch ihre hohe Nachfrage können Vermieter mehr Geld nehmen, sagt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks.“ (FAZ, ebenda) Unser Tipp: Am besten, die „unfreiwilligen Mitverursacher“ fragen angesichts ihres dringlichen Bedarfs einfach freiwillig weniger nach, um bei den wegen geringer Nachfrage dann wieder gesunkenen Mieten zuzuschlagen.

Sollten die Vermieter auf diesen Trick womöglich nicht hereinfallen und doch keine bezahlbare Wohnung herausrücken, muss man eventuell auch zur genau umgekehrten Taktik greifen. So moniert die geschäftsführende Kollegin des gleichen Studentenwerks in Freiburg, Renate Heyberger: „Für ihren Geschmack“ sind „manche Studienanfänger ... etwas zu nachlässig mit der Wohnungssuche“ (FAZ, ebenda). Wenn der Student keine Wohnung kriegt, liegt das dieser Dame zufolge daran, dass er sich nicht richtig gekümmert, er also nicht intensiv genug nachgefragt hat. Denn: Wo keine Nachfrage, da auch kein Angebot. Also wieder durchstarten mit der Wohnungssuche – aber richtig, denn: Oft sind „die Ansprüche zu hoch“ (FAZ, ebenda). Wohnen wollen, womöglich auch noch gut und billig? So nicht! Marktgerecht Nachfragen ist die Kunst: Nur das haben wollen, was es gibt, und zwar zum richtigen Zeitpunkt und ohne Flausen in Sachen Qualität im Kopf.

Falls dann trotz aller Verrenkungen das Geld selbst für ein Wohnklo mit Essnische nicht reichen sollte, hat der Wohnungsmarkt noch ein Sonderangebot zu bieten: in Form von Vermietern, die auch klamm sind: „Wohnen für Hilfe-Projekte(n), in denen Studierende in Familien oder bei Senioren zu sehr geringen Mieten unterkommen und im Gegenzug Hausarbeiten oder andere Hilfsdienste verrichten.“ (faz.net; 17.10.2012) Wenn das keine „Win-Win-Situation“ für Loser ist. Die einen sind so sehr am Arsch gepackt, dass sie ihre Wohnung mit Studenten teilen müssen, die anderen wünschen ihnen dafür selbigen oder selbige aus.

Wenn der „Markt“ schon nichts hergibt, vielleicht zeigt sich die Öffentlichkeit ja von der

publik gemachten Not der künftigen Elite beeindruckt. Da sind originelle Einfälle wie die der Kommilitonen aus dem Badischen gefragt: „Im Zuge einer Protestaktion in Karlsruhe übernachteten 12 Studenten mehrere Tage lang abwechselnd im Schaufenster eines Schreibwarengeschäfts mitten in der Fußgängerzone.“ (faz.net; 17.10.2012) Der „Protest“ kennt zwar keinen Adressaten, an den er sich richtet, macht aber anschaulich und für jedermann unübersehbar, dass da ein (nein, kein egoistisch-studentisches, sondern gesellschaftliches) Problem existiert, für das ein Handlungsbedarf vorliegt; z.B. für verantwortungsbewusste Bürger. Da will dann ein Freiburger Bäckermeister nicht abseits stehen und drückt „Aufrufe zur Vermittlung von Privatzimmern auf 100.000 Brötchentüten“ (faz.net; 17.10.2012). Während die Studios tausendfach und ganz umsonst wenn schon keine Wohnung, so doch auf jeden Fall die Anerkennung ihrer prekären Lage kriegen, spekuliert der geschäftstüchtige Bäcker darauf, dass sein selbstloser Akt seinen Brezelverkauf ankurbelt. So hat wenigstens einer was von dieser PR-Aktion.

### Des einen Leid, des anderen Freud

Es gibt auf dem Wohnungsmarkt freilich auch Akteure, die der „Lage“ garantiert was abgewinnen können, weil sie sie herstellen: „Genau deshalb war der Baubürgermeister (von Karlsruhe) auch beim Tag der offenen Tür unterwegs, der jüngst in der Youniq-Anlage stattfand. ... Eingeladen hatte MPC Capital, ein Fondshaus, das privaten Kapitalanlegern die Möglichkeit bietet, sich an Studentenapartmentanlagen finanziell zu beteiligen. Marktanalyst Matthias Pink von Savills erläuterte den interessierten Kapitalanlegern: ‚Karlsruhe befindet sich bereits im angespannten Drittel unseres Rankings unter 50 deutschen Hochschulstandorten.‘ Hinzu komme die geringe Leerstandsquote auf dem Wohnungsmarkt sowie der relativ niedrige Versorgungsgrad mit Wohnheimplätzen. Was schlecht für die Studenten sei, wäre gut für Investoren.“ (ka-news.de; 04.09.2012)

Na also, geht doch! Not taugt dazu, dass man sie geschäftsmäßig ausnützt. Und je größer die Not, umso besser fürs Geschäft. Das ist nicht zynisch, sondern „realistisch“ – und schon o.k., wie der zuständige Wohnungsbauminister vermeldet: „Die Mieten seien im vergangenen Jahr bei neuen Verträgen bundesweit im Durchschnitt gegenüber 2010 um drei Prozent gestiegen, berichtete Ramsauer. .... Ein starkes Wirtschaftswachstum und die Flucht in Sachwerte aus Angst vor einer Geldentwertung hätten zu einer größeren Nachfrage [nach Immobilien] geführt. Den Preisanstieg sieht Ramsauer eher als eine ‚natürliche und gesunde‘ Entwicklung am Markt.“ (welt.de; 17.10.2012)

Wohnraum ist für ► Fortsetzung Seite 4

## VORTRAG & DISKUSSION

Gastreferentin: Prof. Margaret Wirth, Universität Bremen

### Der „Kampf gegen die Erderwärmung“ und die „deutsche Energiewende“ - eine Zwischenbilanz: Nichts als Konkurrenz

**Frankfurt** Mittwoch, 22. Mai 2013, Beginn: 19 Uhr  
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69  
Zugang über den Hof

**Marburg** Donnerstag, 23. Mai 2013, Beginn: 20 Uhr  
Kulturladen KFZ, Schulstr. 6

Eintritt frei!

Gedacht war die Sache mit der Wende hin zu immer mehr „erneuerbarer Energie“ ursprünglich einmal so in Deutschland: „Wir“ machen der Welt mit ambitionierter Technik vor, wie die drohende „Klimakatastrophe“ gerade noch rechtzeitig zu stoppen ist, verpflichten die Staaten auf klimadiplomatischen Konferenzen - Kyoto - auf ein internationales Regelwerk von CO2-Reduktionen, stiften mit einem weltweit vereinbarten Verzicht auf Öl, Gas und Kohle einen globalen Bedarf nach erneuerbarer Energie – und sind mit deutscher Technologieführerschaft der vorrangige geschäftliche Nutznießer dieses neuen Weltmarkts.

Denn so menschlich einfach unabweisbar das Ziel „Klimaretung“ klingt, es darf der deutschen Marktwirtschaft nicht schaden, sondern muss ihr nutzen. Und das ist keine Frage guten Willens und moderner Technik. Rentieren müssen sich die Windmühlen und Kollektoren erstens für ihre Hersteller; rentieren muss sich die Umstellung auf und das Betreiben von alternativer Energie zweitens für die Energiekonzerne; drittens muss sich die alternative Energie rechnen bei ihren geschäftlichen Abnehmern. Und damit sich das alles viertens in einem deutschen Gesamtwachstum auszahlt, muss fünftens Energietechnik „Made in Germany“ auch noch beim Erobern von Marktanteilen in der Welt vorn dran sein. Das sind „Gesetze“ im Kapitalismus, die jedem als mindestens so unabweisbar einleuchten müssen wie die „Klimaretung“. Und den meisten lieben Deutschen leuchtet das auch ein.

Um diese kapitalistischen Bedürfnisse einer „Energiewende“ hat sich die Bundesregierung nach Kräften gekümmert. Und zwar mit einem „hochkomplexen Bündel“ von Subventionen und Fördergesetzen wie das „Erneuerbare Energie Gesetz“ (EEG), die allesamt als „Marktanzüge“ wirken sollen. Denn eine planwirtschaftliche Wende zu bekömmlicherer Energieerzeugung wäre einfach systemwidrig. Jetzt ziehen die Regierenden Zwischenbilanz und sind nicht zufrieden. Die Kapitalanleger machen von der gesetzlichen Preis- und Abnahmegarantie für erneuerbare Energie so Gebrauch, wie es ihrem auch gesetzlich anerkannten Geschäftsprinzip entspricht, nämlich an Gewinn orientiert und Kosten kalkulierend. So erzeugen sie in der Solarbranche ein Übersoll, bei den „Offshore“- Windparks und Netzen ein Untersoll gegenüber den staatlichen Zielgrößen. Plötzlich ist von unerwünschten „Mitnahmeeffekten“ und „Fehlentwicklungen“ die Rede;

von denen erfährt man, dass sie – und nicht etwa die Stromunternehmen – den Strompreis immer teurer und die Stromversorgung tendenziell unsicher machen. Das lässt die Regierung nicht gleichgültig. Sie „steuert nach“, marktwirtschaftlich versteht sich, also z.B. mit einem kleinen Strompreisaufschlag beim Endverbraucher für den „Netzaufbau“. Will sagen, für die Unternehmen, die ihn zu ihrem Geschäft machen.

Auch auf internationaler Ebene läuft nicht alles nach Deutschlands Wunsch. Auf der UNO-Klimakonferenz in Doha 2012 hat eine Reihe großer Wirtschaftsnationen „Kyoto“ abgesagt; neben den USA und China, die dem Vertrag ohnehin nie beigetreten sind. Sie lassen sich nicht auf einen verbindlichen Plan zur CO2-Reduktion und darüber auf den Deutschland genehmen Weg einer Energiewende festlegen. Die europäischen Partner haben sich zwar auf gemeinsame Reduktionsziele der „Treibhausgase“ geeinigt, bauen aber ihre nationalen Energiewenden nicht unbedingt auf erneuerbare Energien, sondern auf einheimische Geschäftsmodelle, die auch grenzüberschreitend Marktanteile beanspruchen.

Überhaupt krepeln alle großen Kapitalnationen ihre Energiebasis um. Und nicht nur als Energienachfrager gestalten sie ihre Beteiligung am Energieweltmarkt neu, sondern auch als Anbieter von Energie und Energietechnik. Der deutsche Wille zur Weltmarktführerschaft bricht sich an Konkurrenz. Die beeinträchtigt sogar die deutsche Rechnung mit dem einheimischen Markt: Deutschlands Flächen und Dächer stehen zwar mit Solaranlagen voll, darüber häufen sich aber Klagen und Insolvenzen in der Branche, weil China mit seinen Billigangeboten den deutschen Firmen das Geschäft vermasselt. Und keiner jubelt in Berlin: „Konkurrenz belebt das Geschäft und die Innovation!“ Wenn Staaten, auf die als Riesenmarkt für unschlagbare deutsche Technik gesetzt wird, sich umgekehrt die deutsche Energiewende profitabel zunutze machen, dann sieht sich der Vorreiter der „Klimaretung“ zum „Schutz“ des eigenen Standorts herausgefordert und organisiert europäische Strafzölle.

Was die politökonomischen Gesetze des Energiesektors sind, welche Ergebnisse die weltweite Konkurrenz um Energiewenden anrichtet, welche davon Deutschland nicht mag und was die deutsche Regierung zur Bewältigung dieser Lage aufbietet, ist Thema der Veranstaltung.

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf [www.augudiss.de](http://www.augudiss.de) und [www.farberot.de](http://www.farberot.de)



# Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Armut in Deutschland - nachgezählt, problematisiert und für gut befunden

Armut gehört in dieser Gesellschaft dazu, nicht nur ausnahmsweise und nicht nur als Krisenphänomen. Das wird nicht geleugnet. Die Medien berichten vom Überlebenskampf aller möglichen Elendsgestalten: Man erfährt von Obdachlosen, die zu erfrieren drohen, von Leuten, die auf Essensspenden von Tafeln angewiesen sind, um zu überleben, von Armen, die sich eine medizinisch notwendige Therapie nicht leisten können, und von den Schwierigkeiten, die ganz normale Leute mit dem Bezahlen ihrer Mieten und Lebensmittel haben. Auch der Regierung ist die Armut ihres Volkes bestens vertraut, und nicht nur das: Sie geht ganz selbstverständlich von ihrem Fortbestand aus und beobachtet Art und Umfang ihrer „Entwicklung“. Dazu gibt sie über die materielle Situation der Bevölkerung statistische Erhebungen in Auftrag und lässt das Ergebnis alle vier Jahre veröffentlichen, auf dass sich in der Demokratie, in der nichts verschwiegen wird, jedermann ein von offizieller Seite beglaubigtes Bild von der sozialen Lage im Land machen kann. Im September 2012 ist es wieder so weit: Das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales legt seinen „Entwurf für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ den anderen Ministerien zur Ressortabstimmung vor – und weiß erstaunlich Positives über die „Lebenslagen“ in Deutschland zu berichten.

## Nützliche Armut ist gar keine Armut ...

Folgendes haben die dienstbaren Experten über die „abhängig Beschäftigten“ herausgefunden:

„Alles in allem belegen die Daten eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in den vergangenen Jahren besonders gut verlaufen. Als Ergebnis insbesondere der Arbeitsmarktreformen werden heute in Deutschland auch bei bescheidenem Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, die Arbeitslosenquote Jugendlicher hat sich halbiert und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte deutlich reduziert werden. Die Zahl der Kinder und Erwerbsfähigen in Bedarfs-gemeinschaften sind rückläufig. Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dies eine beachtlich positive Entwicklung.“ (Arbeitsbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Zufrieden ist man also mit der „positiven Entwicklung der Lebenslagen“, die wesentlich mit der „Entwicklung des Arbeitsmarktes“ zusammenhängen. Die Lage nicht gerade weniger Leute hängt ja tatsächlich davon ab, dass sie für andere arbeiten. Obwohl mittellos, gelten sie nicht als arm, jedenfalls nicht, so lange sie einen Arbeitsplatz haben. Ob sie einen haben, liegt allerdings nicht an ihnen: Maßgeblich dafür ist die Gewinnrechnung derer, die ihre Arbeitskraft gegen Entgelt nutzen, und da für die Lohn eine möglichst knapp zu kalkulierende Kost ist, wird so mancher Arbeitsplatz eingespart. Das ist ein Risiko, das bei dieser Lebenslage immer dazugehört, das aber auch dann noch lange kein Fall von Armut ist, wenn es einen trifft: Die, die keine Arbeit mehr haben, erhalten schließlich Stütze vom Staat.

Sie haben es dann schon wieder mit einer neuen Lebenslage zu tun: Sie fallen den Kassen des Staates zur Last, und weil die nicht dazu da sind, Leuten sinnlos den Lebensunterhalt zu finanzieren, sorgt die Obrigkeit schon immer – und mit den „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre um so dringender – dafür, diese Kundschaft möglichst schnell wieder einer nützlichen Verwendung zuzuführen. Diese Fürsorge, zusammen mit der „konsequenten Anwendung der in den Arbeitsmarktreformen vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen“, hat dafür gesorgt, dass diesbezüglich „die Entwicklung“ „besonders gut verlaufen ist“, und zwar für den Staat wie für die Betroffenen: Für den Staat, weil er sich Kosten spart, die nicht produktiv sind, und für die Arbeitslosen, weil die dann ja wieder einen „Arbeitsplatz“ haben, der garantiert, dass sie auch dann kein Fall von Armut sind, wenn sie mit Arbeit so viel oder kaum mehr Einkommen haben als ohne sie. Wer sich gegen Entgelt nützlich macht, ist ja ohne Rücksicht auf dessen Höhe definitionsgemäß nicht arm.

Besonders „positiv“ ist daher die „Entwicklung von Lebenslagen“ bei Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen. Die sinkende Zahl letzterer spart dem Sozialstaat dauerhafte Unterstützungszahlungen, während die Abnahme der Jugendarbeitslosigkeit ein ökonomischer und sittlicher Wert an sich ist: Je früher einer sich daran gewöhnt, mindestens ein Drittel seiner Lebenszeit an irgendeinem Arbeitsplatz zu verbringen, desto besser. Ob und wie der seinen Inhaber ernährt, ist eine offene Frage. Schön ist jedenfalls, dass so die Chancen der Jugendlichen steigen, in keiner öffentlichen Armutsstatistik zu erscheinen.

All diese Erfolgsmeldungen aus der Welt der „abhängig Beschäftigten“ sind umso erfreulicher,

weil „auf dem Hintergrund einer Finanz- und Wirtschaftskrise“ viel Schlimmeres zu erwarten war. Jeder weiß doch, dass der Kapitalismus noch ganz anders kann und „eigentlich“ noch viel mehr Arbeitslose fällig gewesen wären, weil ja irgendwer die Krise ausbaden muss. Das gehört schließlich erfahrungsgemäß zu den Spezialitäten proletarischer Lebenslagen. Was für ein Glück also, dass es doch nicht ganz so kam, und die „Finanz- und Wirtschaftskrise“ mit ihrem bedrohlichen „Hintergrund“ viel schonender mit den „abhängig Beschäftigten“ umgesprungen ist, als man gedacht hätte. Die Arbeitsministerin von der Leyen ist damit und mit ihrer Organisation der „Arbeitsrisiken“ sehr zufrieden. Armut im Kreis der Arbeitsplatzbesitzer kann sie jedenfalls ganz klar dementieren.

besser bezahlte Beschäftigung sein. Stundenlöhne aber, die bei Vollzeit zur Sicherung des Lebensunterhalts eines Alleinstehenden nicht ausreichen, sowie eine einseitige und polarisierende Lohnentwicklung generieren, verschärfen Armutsrisiken und schwächen den sozialen Zusammenhalt.“ (Arbeitsbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Beim Niedriglohn, von dem man eingeständenermaßen nicht überleben kann, kommt es ja ganz darauf an, mit wie vielen Stunden abgelieferter Arbeitsleistung er multipliziert wird. Das muss ja auch gar nicht nur an ein und demselben Arbeitsplatz geschehen, wie es ja auch sein kann, dass sich mehrere solcher Empfänger von Niedriglohn zusammentun und so zu einem „ausreichenden Haushaltseinkommen beitragen“. Überhaupt kann es ja auch sein, dass einer dem-

„Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. (...) Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich in Deutschland positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat damit zugenommen. (...) Eine solche Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.“ (Arbeitsbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher – und noch bevor irgendwelche Betroffenen ihre Unzufriedenheit darüber äußern, buchstabiert ihnen ihre Arbeitsministerin vor, worauf die sich allenfalls beziehen könnte: Nicht auf ihre eigene trostlose Lebenslage, sondern auf ein Gerechtigkeitsproblem. Schlecht an der Armut ist der relative Reichtum der anderen, denn die „Einkommensspreizung“ hinterlässt Spuren im Gemüt des kleinen Mannes. Oder wie Frau von der Leyen es im Dezember formuliert: „Armut ist relativ“ Armut unter Armen ist eine Sache, mit der sich leben lässt, aber wenn den Minderbemittelten Reiche gegenüberstehen, dann tut Armut erst richtig weh. Da sieht von der Leyen Handlungsbedarf, und der trägt sich aufs beste mit ihrem Geldbedarf. Denn wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, lässt sich Armut gut bekämpfen, indem man den Besserverdienenden etwas mehr wegnimmt als bisher. Davon profitieren dann die Armen gleich doppelt: Die Reichen haben zwar immer noch viel mehr als sie, aber ein bisschen weniger als gestern, und der Staat hat mehr Geld, das er für die Organisation erträglicher Armut verwenden kann. Jedenfalls ist Frau von der Leyen auf die in ihren Reihen etwas extravagante Idee verfallen, dass man doch einmal die zur Kasse bitten könnte, die für die „leeren Kassen“ des Staates maßgeblich verantwortlich sind:

„Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung entwickelt auch die Analyse des Reichtums in der Gesellschaft weiter. Der steigende Wohlstand in Deutschland spiegelt sich in der gesamtwirtschaftlichen Vermögensentwicklung wider. Im Jahr 2010 belief sich das Volksvermögen auf knapp 12 Billionen Euro und war damit fünf Mal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt mit rund 2,48 Billionen Euro. Im Zuge der notwendigen Rettungsmaßnahmen anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Verschiebung privater wirtschaftlicher Vermögensentwicklung in staatliche Bilanzen feststellbar. In der Folge ist der Schuldenstand der staatlichen Haushalte im Jahr 2010 auf rund 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Ohne die Krise hätte er bei rund 70 Prozent gelegen... Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Mrd. Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.“ (Arbeitsbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Sie hat die Reichen als Quelle der Finanzierung ausfindig gemacht und dafür ein ökonomisches Argument: Die sind nicht nur unermesslich viel reicher geworden, sondern verdanken einen Gutteil ihres gewachsenen Reichtums den staatlichen Geldern, die im Zuge der Finanzkrise in den Bankensektor geflossen sind. Ohne diese zusätzlichen Schulden des Staates wären sie so reich nicht, weshalb es doch nur billig und gerecht wäre, wenn sie jetzt ihrerseits einen Beitrag zur Finanzierung von Angelegenheiten öffentlichen Interesses leisten würden. Zumal sie ja sonst auch für jeden Scheiß jede Menge Geld übrig haben:

► Fortsetzung Seite 4

## POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

### zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Jügelstraße 1 (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum	K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
Zeit	donnerstags um 19 Uhr die aktuellen Termine werden zeitnah auf <a href="http://www.farberot.de">www.farberot.de</a> veröffentlicht

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf  
[www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html](http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html)

## ... freilich nicht selten mit Armutsrisiken verbunden

Allerdings sind Ausnahmen von der Regel, dass sich mit Arbeit gut leben lässt, nicht selten, dem Armutsbericht fehlt es da nicht an Problembewusstsein. Es gibt jede Menge „Problemgruppen“, bei denen das Zurechtkommen mit ihrer Lebenslage in Frage steht. Den Alleinerziehenden mit und ohne Job, den teilzeit- und vollzeitberufstätigen Frauen, denen, die Familie und Beruf zu vereinbaren, Kinder zu betreuen oder Alte zu versorgen haben, den zu jung heiratenden und den frisch Geschiedenen – all denen und dazu noch den ganz Alten und nicht wenigen ganz Jungen attestiert der Bericht ein hohes „Arbeitsrisiko“ und liefert eine interessante Differenzierung: Armut fängt dort an, wo das Sich-Einrichten in und das Durchwursteln durch lauter Entbehrungen nicht mehr klappt, und für den Eintritt dieses „Risikos“ braucht es nicht eben viel: Der Bericht führt vor, dass im Grunde alle, die vom Lohn leben, Kandidaten für soziale Hilfsleistungen sind, sobald in ihrem Lebensplan auch nur das Geringste schief läuft. Ein bisschen kapitalistisches Pech reicht da schon für den Übergang mancher Arbeiterfamilie zur „Bedarfgemeinschaft“. Aber Armut als Möglichkeit heißt eben noch lange nicht, dass einer wirklich arm ist, selbst wenn er es ist:

„Niedriglöhne können mit einem materiellen Armutsrisiko verbunden sein. Diese Verknüpfung ist aber nicht zwingend. Es kommt immer auch auf den Umfang der Beschäftigung sowie den Haushaltsumhang an. Auch ein niedriger Lohn kann zu einem ausreichendem Haushaltseinkommen beitragen und eine Niedriglohnbeschäftigung kann der Einstieg oder Wiedereinstieg in eine

nächst wieder einen besser bezahlten Job findet, so dass es auch bei niedrigsten Löhnen ganz darauf ankommt, was einer aus ihnen zu machen versteht und ob aus ihm ein Fall von Armut wird oder nicht. Erst dann, wenn der Monatslohn auch bei einer 40-Stunden-Woche seinen Empfänger nicht ernährt, kann – nein, nicht von Armut, sondern allenfalls – davon die Rede sein, dass sich gewisse „Risiken“, arm zu werden, „verschärfen“. Insbesondere droht dann, wenn solches im Standort Deutschland zur Regel wird, der „soziale Zusammenhalt“ geschwächt zu werden – und da entdeckt die Ministerin Handlungsbedarf: Dieses „Risiko“, das aus der wachsenden Armut im Lande erwachsen könnte, nimmt sie als Indiz und gleichermaßen an sie adressierten Auftrag, für ein besseres politisches Management der nützlichen Armut zu sorgen. Dafür hat sie nicht nur prima Rezepte, sondern auch eine Idee, wie sich die leidige Frage nach deren ‚Finanzierbarkeit‘ lösen ließe.

## Eine besseres Management der Armut ist machbar

Womöglich hat die personifizierte soziale Kompetenz der Union den Vorwurf der unsoliden Haushaltspolitik – „in Zeiten knapper Kassen“ und so – einfach nur satt. Jedenfalls sieht sie sich bemüßigt, ihre guten Ideen zur nachhaltigen Elendsverwaltung und ihren Tatendrang mit einem Vorschlag zu verbinden, wie sich all das finanzieren ließe, was ihr da vorschwebt, und dessen Genialität liegt darin, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie kennt nicht nur eine Geldquelle, sondern sie kann auch noch darauf verweisen, dass es nur gerecht wäre, sie anzuzapfen. Denn recht betrachtet, haben die Armen nicht so sehr ein Problem mit ihrer eigenen Armut, sondern mit dem Reichtum der anderen:



# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-13

## Die französische Militärintervention in Mali

Ein Blitzkrieg für die Sicherheit des Westens  
Das Ordnungsinteresse der Großmächte an der Sahelzone:  
Rein negativ!

## Sandra Maischberger, Anne Will, Frank Plasberg und Günther Jauch kümmern sich um Armut und Reichtum im Kapitalismus

Eine GEGENSTANDPUNKT-Studie über Techniken  
moralischer Urteilsbildung

Anlässlich des regierungsamtlichen „Entwurfs des 4. Armuts- und Reichtumsberichts“ widmen sich gleich vier Talk-shows der Sache: „High Society oder Hartz IV: Wer sind die wahren Asozialen?“ (Maischberger) „Mittelschicht in Abstiegsangst – Bleiben die Fleißigen auf der Strecke?“ (Will) „Die Zukunft ist grau: Leben die Alten auf Kosten der Jungen?“ (Plasberg) „Wer kann noch in Wohlstand leben?“ (Jauch) So die Themen, die sich um ein und dieselbe Frage drehen: Geht die Verteilung von Armut und Reichtum hierzulande in Ordnung?

Das zeugt von professioneller Ignoranz: Keine Diskussion wirft einen Blick auf die Sphäre, in der Reichtum und Armut zustande kommen. In der Verteilungsfrage von heute ist offensichtlich jede Erinnerung an die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, mit der über dessen Verteilung grundsätzlich entschieden ist, und jedes Bewusstsein von einem Gegensatz von Kapital und Arbeit getilgt. Was bleibt dann?

## Drei Fälle von Krise und Krisenkonkurrenz in Europa: Deutschland, Spanien, Österreich

Es gehört zu den Schönheiten des vereinten Europa, dass kein Euro-Staat wissen will, dass und wie sein nationales Kapital und er als dessen machtvoller Förderer zur Überakkumulation und Euro-Krise beigetragen hat. Alle sehen sich mit ihren kapitalistischen Wachstumsanstrengungen und -erfolgen reihum als Betroffene: als Opfer – und zwar der Misswirtschaft der anderen.

Aus deutscher Sicht sind es die ‚Pleiteländer‘, die sich mit der Lizenz, den Euro als ihre Währung zu benutzen, in ihrer mangelnden Konkurrenzfähigkeit eingerichtet und, statt Wachstum zu produzieren wie die tüchtigen Nachbarn, nur immer mehr Schulden aufgehäuft hätten. In dieser Sicht der Dinge wird freilich darüber hinweggesehen, dass zu Schulden, auch und erst recht zu solchen von Staaten allemal ein Gläubiger dazugehört, der Kredit gibt, um sich zu bereichern. Die bemängelten Schulden sind anderswo verbuchte Vermögenswerte: bis neulich erfolgreiche, jetzt aber gefährdete Finanzgeschäfte mit den Kreditbedürfnissen europäischer Standorte und Staaten. In den katastrophalen Bilanzen der Euro-Problemstaaten bilanziert sich zugleich der deutsche Konkurrenzserfolg. In den politischen Widerständen, die sie dem deutschen Weg der Euro-Rettung entgegenbringen, zeigen sich andererseits die Schranken, auf die das Projekt eines für deutsche Weltmarktmacht tauglichen, nicht nur ökonomisch dominierten Europa stößt. Mit dem Fortgang der Euro-Staatsschuldenkrise steht also ein Hauptkapitel der Staatsräson der BRD auf dem Spiel.

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com).

Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind *kostenlose Probeexemplare* der Zeitschrift erhältlich.

### Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon  
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Elwert • Roppel • Roter Stern  
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube  
Einzelpreis 15,00 € 168 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Umgekehrt machen andere Staaten, deren nationales Wachstum und deren staatliche Kreditwürdigkeit danieder liegt, Deutschland für ihre andauernde Misere haftbar: Mit Merkels Weigerung, für deren Schulden mit Garantien einzustehen, und ihrem Beharren auf harten Konditionen für den Euro-Rettungsfonds würgt Deutschland jede Möglichkeit ab, nationales Wachstum in Gang zu bringen, und bevormundet Europa bis zur Unerträglichkeit, so die Sicht – nicht nur – in Spanien und Italien. Damit wird vornehm verschwiegen, dass diese Länder bis neulich mit ihrer Teilhabe am Euro und europäischen Markt massenhaft finanzkapitalistische Spekulation auf sich gezogen und erfolgreich über ihre nationalen Schranken hinausgewirtschaftet haben – so dass sie jetzt zu Hauptbetroffenen der Finanzkrise und der politischen Konkurrenz um ihre nationale Bewältigung geworden sind. Jetzt leiden sie an der weitreichenden Abhängigkeit und am Verlust an Souveränität, den das Gemeinschaftsgeld und Deutschlands Krisenpolitik ihnen auferlegt. Auch ihr auf Europa gegründeter nationalökonomischer Erfolgsweg stößt an Schranken und rührt die Nationen auf.

## Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses: „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“

Statt Kritik des Systems der Ausbeutung eine  
radikalkritische Absage an den „Systemzwang“

Die meisten Leute, die sich heute über soziale und andere Missstände empören, suchen und finden in diesen als gemeinsamen Nenner nur den, eben Missstände zu sein, Fälle von Versagen der Verantwortlichen vor ihren Aufgaben oder generell von einem Mangel an Menschlichkeit. Derart Empörte brauchen keine Theorie. Auf solche Protestinitiativen, deren moralische Selbstgenügsamkeit und Theoriefeindlichkeit bezieht sich die Ums-Ganze-Mannschaft mit der Botschaft, dass ein Verbesserungswille, der sich nicht um die systemischen Ursachen der Missstände kümmert, blind und folgenlos bleibt: „Bewegung braucht Theorie!“, wem es um Beseitigung der Missstände zu tun ist, dem muss es „ums Ganze“ gehen, „um die Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer“. Was sie in diesem Sinne an Aufklärung über das kapitalistische System in ihrer Broschüre anbieten, besteht dann allerdings im Wesentlichen in der variantenreich wiederholten Feststellung, dass es sich um „ein System“ handelt; dessen Inhalt erschöpft sich in einem systematischen „Zwang“, dem alle Insassen der Klassengesellschaft gleichermaßen unterliegt und den sie sich zugleich zu eigen macht, weil die ihm Unterworfenen den Zwang für das glatte Gegenteil halten, also dem „Schein von Freiheit“ aufsitzen: Proletarier, Kapitalisten, Staatsagenturen, alle laborieren an dem höchst immateriellen und subjektlosen Umstand einer „Herrschaft der falschen Freiheit“. Agitation ist damit von der Kritik des Klassegegensatzes und vom Standpunkt des beschädigten materiellen Interesses der einen gesäubert. Sie landet prompt bei Phrasen der Art: „Der Austritt der Menschen aus ihrer selbst geschaffenen Unmündigkeit muss das Werk bewusster Individuen sein.“ Revolution geht keinesfalls bewusstlos! Wir dachten ja immer, die würde sich im Schlaf erledigen!

### Ferner in der Chronik:

Neues vom Kampf um Arbeitsplätze: Im Namen Deutschlands gegen  
Bevormundung durch einen US-Konzern, vaterlandslose Manager und  
chinesische Armeeoffiziere

Die EU bekommt den Friedensnobelpreis:  
kein Kompliment an die EU-Staaten!

Neue Errungenschaften aus der psychiatrischen Forschung

## Deutsche Professoren, setzen, sechs! Hochschulen vergeben zu viele gute Noten

In dem „wissenschaftspolitischen Kommentar“ zu seinem „Arbeitsbericht Prüfungsnoten an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010“ stellt der Wissenschaftsrat, ein Gremium aus Politikern und hochrangigen Wissenschaftlern, fest, dass „sich die Zensuren an Universitäten, Fachhochschulen sowie staatlich anerkannten Hochschulen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert“ haben (SZ et al., 10.11.12).

Anlass zur Freude? Lernen immer mehr Studenten immer mehr in ihrem Studium? Haben sich vielleicht die Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen stark verbessert?

Von wegen! Der Wissenschaftsrat freut sich nicht über die Meldung, die er da verkündet, sondern er klagt über „zu gute Noten an Unis“.

Für dieses Urteil muss er freilich keine einzige wissenschaftliche Arbeit gelesen haben. Mit dem Kenntnisstand der Studenten oder deren Beitrag zur Forschung hat diese Kritik nichts zu tun.

„Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Wolfgang Marquardt, zeigte sich alarmiert. ‚Der Trend zu besseren Noten darf so nicht weitergehen‘, sagte er der Süddeutschen Zeitung. Der Bericht des Gremiums stellt ... eine ‚schleichende Noteninflation‘ fest. In den meisten Fällen werde die Notenskala kaum noch ausgeschöpft. ‚Unterschiede werden häufig nur noch nach dem Komma gemacht‘, sagte Marquardt.“ (SZ)

„Unterschiede nach dem Komma“ sind dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates einfach zu gering. Die Notenskala ist schließlich dazu da,

dass sie „ausgeschöpft“ wird, also die im Lehrbetrieb erworbenen Kenntnisse auch klar und deutlich als Leistungsunterschiede definiert und dokumentiert werden. Mit dieser Kritik klärt das hohe Gremium darüber auf, worauf es in der wissenschaftlichen Ausbildung ankommt: Nur wenn eine klare Hierarchie der studentischen Leistungen hergestellt wird – mit allen negativen Konsequenzen für diejenigen deren Notendurchschnitt für die Zulassung zu weiterer Bildung nicht reicht –, und nur, wenn die Absolventen der Studiengänge als hervorragende, durchschnittliche oder bloß mäßige Vertreter

ihrer Zunft deutlich gekennzeichnet, auf den Arbeitsmarkt entlassen werden, ist der Auftrag der höchsten Bildungseinrichtung erfüllt.

Eine schöne Auskunft über den Stellenwert des Wissens an unseren Unis: Es ist zum Konkurreren da, also gerade soviel wert, wie man im Vergleich zu anderen bewertet wird.



### „Armutbericht“ - Fortsetzung von Seite 2 ▶

„Persönliches und finanzielles Engagement zeigen Vermögende bisher aber vorrangig in Sportvereinen (45,2 Prozent) und Berufsverbänden (25,1 Prozent), Heimat- und Bürgervereinen (22,6 Prozent) sowie privaten Klubs (21,6 Prozent). Stiftungen und soziale Initiativen dagegen werden nur von unter fünf Prozent der befragten Vermögenden genannt.“ (Armutbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Die Reichen gehen stiften, aber nicht für die Armen. Der eine kauft sich einen Trainer, der nächste einen ganzen Fussballclub, für jeden Spleen haben sie Geld – ihr Sinn fürs Soziale aber ist ziemlich schwach ausgeprägt, und dem würde Frau von der Leyen gerne etwas auf die Sprünge helfen:

„Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“ (Armutbericht, Entwurf vom 17.9.12)

Mit diesem sozialismusverdächtigen Einfall landet die „Superpowerfrau“ einen echten Kracher.

### Armut – ein Fall von sozialpolitischem Versagen und eine gute Gelegenheit für die Opposition

Ein paar Wochen nach der Veröffentlichung ihres Entwurfes wird am Thema ‚Reichtum und Armut‘ in sämtlichen Medien herumgezerrt. Dass die Existenz von bitterster Armut im Lande – wenn auch nur als „Risiko“ – eingeräumt wird, nehmen die Kritiker der Bundesregierung wie das Eingeständnis unhaltbarer Zustände. Angesichts der politisch gewollten Erfolge und zählbaren Nebenwirkungen bei der Senkung des nationalen Lohnniveaus, die sich alle dafür Verantwortlichen immer wieder zugutehalten, drücken Attac, Gewerkschaften, Sozialverbände und Politiker aus Oppositionsparteien des linken Spektrums auf die Moralitube und demonstrieren für einen fairen Umgang mit dem Fußvolk der Nation. Sie nehmen Formulierungen wie „die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ als Eingeständnis eines politischen Versagens, das Resultat der gelaufenen Politik der Verelendung, den sorgfältig beobachteten und nachgezählten Anstieg der Massenarmut im Lande bei gleichzeitigem Wachstum des Reichtums weniger Privaters als „Offenbarungseid der Bundesregierung“, als Unterlassung gerechter Sozialpolitik, und klagen bei den für sie Verantwortlichen eine „Kehrtwende“ ein: So bleibt die doppelte Lüge intakt, Armut wäre kein Resultat der Produktion des Reichtums, sondern eine Frage von dessen gerechter Verteilung, und der Staat der berufene Anwalt dafür, den Armen auch auf diesem Feld Gutes zu tun.

Die Oppositionsparteien greifen den Entwurf von der Leyens begeistert als Steilvorlage für die eigenen Wahlkampfparolen zum Umgang mit der wachsenden Armut im Billiglohnstandort Deutschland auf: Reichensteuer verlangen sie, Anhebung des Höchststeuersatzes und Einführung von Mindestlöhnen! SPDlern, Grünen und Linken wird es ganz warm ums Herz, wenn das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ungefähr die gleichen Vorschläge für die künftige Bewirtschaftung der Massenarmut ventiliert wie sie selbst und ihre Genossen. Das halten sie für einen guten Grund, die SPD an die Macht zu wählen: Was beweist schöner die Berechtigung sozialdemokratischer Vorschläge als der Umstand, dass eine CDU-Ministerin sie auch hat!

### Von wegen „Skandal“ – Armut ist eine Strukturverbesserung

Die Kanzlerin sieht das in etwa genauso, bloß umgekehrt, und ist überhaupt nicht amüsiert über eine CDU-Ministerin, die im Wahlkampfjahr Wasser auf die Mühlen der Opposition leitet. Aber vor allem vom FDP-geleiteten Wirtschaftsministerium wird Korrekturbedarf angemeldet.

„Anstoß nimmt Röslers Ministerium vor allem an jener Passage in von der Leyens Entwurf für den Armutsbericht, in der es heißt: ‚Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reich-

tum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.‘ Das Wirtschaftsministerium wertet dies als Plädoyer für die Einführung höherer Steuern für Besserverdiener.“ (Stern, 20.9.12)

Aus der Sicht des Wirtschaftsministers ist es völlig verfehlt, die Leistungsträger der Wirtschaft vermehrt zur Kasse zu bitten. Mit dieser Auffassung setzt er sich gegen von der Leyen durch. Noch bevor der Entwurf des Arbeits- und Sozialministeriums zur Ressortabstimmung geht, wird verlautbart, dass er „nicht die Meinung der Bundesregierung“ repräsentiert. Im November wird die in diesem Sinne überarbeitete Fassung veröffentlicht, und siehe da:

„Die Bundesregierung hat ihren Armuts- und Reichtumsbericht in einigen entscheidenden Passagen deutlich geglättet. (...) Die erste Fassung der amtlichen Analyse, die das Bundesarbeitsministerium alle vier Jahre erstellt, war Mitte September an die anderen Ressorts gegangen. Zwei Monate später fehlen nun bestimmte Sätze, mit denen die Beamten des Ministeriums von Ursula von der Leyen (CDU) einen durchaus kritischen Blick auf die Republik warfen.“ (SZ, 28.11.12)

Die Änderungen sorgen für einen Sturm im Wasserglas der sozialen Entrüstung. Das Streichen der Passagen, die die Wirkung von Einkommensdifferenzen und das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung problematisieren, wird als Beschönigung der Armut gelesen:

„In der ersten Variante stand: ‚Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen.‘ Diese verletzte ‚das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung‘ und könne ‚den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.‘ Stattdessen wird nun angeführt, dass sinkende Reallöhne ‚Ausdruck struktureller Verbesserungen‘ am Arbeitsmarkt seien. Denn zwischen 2007 und 2011 seien im unteren Lohnbereich viele neue Vollzeitjobs entstanden, und so hätten Erwerbslose eine Arbeit bekommen. Vorsichtiger beschreibt die Bundesregierung nun auch, dass manchen Alleinstehenden mit Vollzeitjob der Stundenlohn nicht für die Sicherung des Lebensunterhalts reicht. In der ersten Fassung wurde angemerkt, dies verschärfe die Armutsrisiken und schwäche den sozialen Zusammenhalt.“ (SZ, 28.11.)

Das Wirtschaftsministerium ebenso wenig wie das Arbeitsministerium bestreitet, dass es massenweise Vollzeitjobs mit Löhnen unterhalb der Armutsgrenze gibt. Und auch darin, wie diese Tatsache zu bewerten ist, sind sie sich weitgehend einig: Sinkende Reallöhne und Stundenlöhne, die oft nicht zum Überleben reichen, sind ein Fortschritt, denn wenn man vom Lohn abhängt, sind Löhne unterhalb der Armutsgrenze erstens besser als gar keine und zweitens vor allem dann, wenn mit ihnen ein „Vollzeitjob“ drin ist, weil ja auch „eine Arbeit“ besser als keine ist. Die Korrekturwünsche des von der FDP geleiteten Wirtschaftsministeriums drängen auf eine andere Sorte Richtigstellung. Wenn Niedriglöhne ein Fortschritt sind, dann verbietet es sich, den auch nur irgendwie zu problematisieren und kleinlich auf irgendwelchen Schattenseiten des gesenkten Lohnniveaus herumzureiten. Stattdessen gehört sich deutlich gesagt, worauf es hierzulande ankommt:

„Die wachstumsorientierte Politik der Bundesregierung hat im Berichtszeitraum für steigenden Wohlstand und neue Arbeitsplätze in Deutschland gesorgt.“ (Armutbericht, Entwurf vom 21.11.12)

Gearbeitet wird in Deutschland nicht für den Lebensunterhalt von irgendwem, sondern dafür, dass Wachstum geschaffen wird. Alles, was dem dient, ist eine „Strukturverbesserung“, und allein das gilt es in einem Bericht, in dem von Armut die Rede ist, zu vermelden. Denn Löhne sind ganz ungeachtet ihrer Höhe kein Problemfall, sondern der „Wohlstand“, den einer sich mit seinen nützlichen Beiträgen zum Wachstum erwirtschaftet – soweit die amtliche Klarstellung des Ministers für Wirtschaft zum Thema ‚Armut in Deutschland‘: Wo es auf das Wachstum des Reichtums ankommt, spielt sie einfach keine Rolle – und sozialkritisch gestimmte Gemüter halten ausgerechnet das für eine „Beschönigung“!

### „Wohnungsfrage“ - Fortsetzung von Seite 1 ▶

den, der ihn besitzt, zur Geldvermehrung da; das gehört nach des Ministers Wort zur „Natur“ des Wohnungsmarktes. Und wer beim Erwerb von Sachwerten in Wohnungsgestalt „gesunde“ Preise bezahlen muss, der – auch das ist „am Markt“ nur „natürlich“ – sorgt für die Rentierlichkeit dieses Investments, indem er sich an seinen Mietern gesundstößt. Für die Studenten, die damit möglicherweise ein Problem haben, hat der Minister – der diesen Immobilienmarkt per Gesetz ins Recht setzt und nicht etwa der „Natur“ ihren freien Lauf lässt – auf der anderen Seite natürlich jede Menge Verständnis:

„Ramsauer will angesichts der ‚katastrophalen Situation‘ alle Beteiligten an einen Runden Tisch holen. Zu Recht fragten sich die jungen Menschen, was ist das für ein Staat, drängt uns ins Studium und dann sollen wir unter der Brücke schlafen,“ rügte Ramsauer.“ (maerkischeallgemeine.de; 17.10.2012). Da werden sie aber zittern, die „Gerügten“, wenn der Minister die „jungen Menschen“ zum Runden Tisch einlädt, wo sie zusammen mit den von Ramsauer zum Preistreiben Beglückwünschten ihr Schicksal in die Hände des einzig dazu befugten verantwortlichen Problemlösers legen dürfen.

### Ein falscher und ein richtiger Schluss

Angesichts dessen und der erklärtermaßen bleibenden Wohnungsnot (Ramsauer und der Berliner Bausenator Michael Müller „wandten sich gegen die Annahme, die Wohnungs-

not sei eine vorübergehende Erscheinung“, FAZ 28.11.2012), zweifeln einige Studierende – nicht am pumperlg’sunden „Markt“, der eine einzige Erpressungsveranstaltung ist, sondern an sich: „Manche bekämen durch die Absagen ‚ein echtes Ego-Problem.‘ Woran liegt es, ist mit mir etwas nicht in Ordnung?“, das seien Fragen, die sich manche Studenten stellten, wenn sie nach mehreren Besichtigungen noch keine Wohnung gefunden hätten.“ (faz.net)

Damit die Beantwortung der Wohnungsfrage nicht in der Klapse endet, empfiehlt farbeROT einen Schriftsteller aus dem 19ten Jahrhundert, der für die Wohnungsnot mittelloser (arbeiten-der als auch studierender) Stände einen polit-ökonomischen Grund anzuführen wusste – und einen Weg, wie man sich diese vom Hals schafft. Für den ist die Wohnungsnot

„ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaftsform (...) in der ... der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.“ (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, S. 236; in: MEW Bd. 18, S. 209 - 287.)

## GEGENSTANDPUNKT im Radio zu aktuellen Themen

### radio x Frankfurt

FM: 91,8; Kabel: 99,85  
Livestream: [www.radiox.de](http://www.radiox.de)

1., 3. und 5. Mo. 15 bis 16 Uhr  
Wiederholung Di. 9 bis 10 Uhr

### Radio Unerhört Marburg

Antenne: 90,1; Kabel: 107,25  
Livestream: [www.radio-rum.de](http://www.radio-rum.de)

Do. 00:30 Uhr und 13:30 Uhr  
Fr. 19 bis 20 Uhr, 14-tägig  
Wiederholung Mo. 6 Uhr, Mi. 18:30 Uhr

mp3-Download: [www.farberot.de](http://www.farberot.de)

## Schon wieder ein Frauenrecht erkämpft: Soldatinnen sind jetzt auch Killerinnen

„Die US-Armee öffnet sich weiter für Frauen: Eine Neuregelung soll den Ausschluss von Soldatinnen vom unmittelbaren Kampfesgeschehen aufheben und ihnen so Hunderttausende neuer Jobs ermöglichen. ... In ersten Reaktionen wurde die Neuregelung begrüßt. Die Öffnung werde dafür sorgen, dass qualifizierte Frauen die gleiche Chance haben, sich im Kampfesgeschehen hervorzutun wie ihre männlichen Kampfgefährten, sagte

Ariela Migdal von der Amerikanischen Bürgerrechtsunion.“ (sueddeutsche.de, 24.1.13)

Das Prinzip der Emanzipation kennt keine Grenzen: Auch das Töten im Staatsdienst und das Opfer des eigenen Lebens fürs Vaterland sind Arbeitsplätze, an denen sich jetzt auch Frauen auszeichnen dürfen!

## „GENUG ZU ESSEN FÜR ALLE. ES IST MÖGLICH. – Mit Ihrer Spende“,

sagt das preisgekrönte „Plakat des Monats“ der Welthungerhilfe.

Wer hätte es gedacht, dass in einer Welt jederzeit voller Supermarktregale, immer produktiverer Landwirtschaft und unbenutzter Arbeitskraft im Überfluss (und in der Marktwirtschaft wird mit Reichtum in ganz anderen Dimensionen angegeben!) die Ernährung der Menschheit „möglich“ ist! Selbstverständlich ist das „möglich“!

Wer zum Spenden von Geld aufruft, dem ist auch geläufig, warum das Mögliche nicht wirklich ist: Wer das Geld nicht hat, um sich das Lebensnotwendige zu kaufen, kriegt nichts zu beißen. Das hat seinen Grund darin, dass das Lebensnotwendige in der Welt der Marktwirtschaft überhaupt für keinen anderen Zweck produziert wird als für den Verkauf. Wenn aber alles nur zum Gelderwerb hergestellt wird, und gar nicht erst produziert wird, wenn es sich nicht verkaufen lässt, dann gibt es auch nicht „genug zu essen für alle“.

Die Hungernden haben deshalb kein Geld für den Kauf des Lebensnotwendigen, weil sie Geld nur verdienen können, wenn sie sich nützlich machen für Leute, die über Geld verfügen und deren Dienste für ihre Geldvermehrung gebrauchen können. Vom Standpunkt des Geschäfts sind die Hungernden schlicht überflüssig.

Diese Systemnotwendigkeit der marktwirtschaftlichen Armut hält keiner für befassenswert. Die Spender erklären mit ihren Almosen die Gründe des Elends für belanglos – sie können mit ihrem Gewissen im Reinen sein. So feiert die Anmache, „Mit Ihrer Spende“ könne der globalen Marktwirtschaft der Hunger weggekauft werden, in Gestalt der Welthungerhilfe gerade 50jähriges Jubiläum – und keiner lässt sich dadurch beirren, dass nach einem halben Jahrhundert Spendensammeln immer noch inmitten wachsenden Reichtums gehungert wird. Damit ist alles dafür getan, dass private Mildtätigkeit bis in alle Ewigkeit das Schicksal der zahlungsunfähigen Hungernden begleitet.